

REGION

Lift zur S-Bahn

Kloten. – Das Klotener Parlament hat gestern Abend einen Kredit über 1,2 Millionen Franken genehmigt. Damit wird zum bestehenden S-Bahn-Bahnhof Balsberg ein Lift und eine Treppe erstellt. Die Arbeiten erfolgen gleichzeitig mit dem Bau der Glattalbahn. Der Kredit passierte klar mit 25:5 Stimmen. Opposition gab es einzig von einer Hälfte der SVP-Fraktion: Ein Lift lasse sich doch deutlich günstiger realisieren, sagte Heinz Eberhard. Er würde den für 650 000 Franken bauen, den Vertrag unterschreibe er gleich hier, sagte der SVP-Fraktionspräsident schmunzelnd. Er fand aber im Rat keine Mehrheit. (og)

Verräterische DNA

Urdorf/Schlieren. – Die Kantonspolizei hat in einem Ermittlungsverfahren einem 30-jährigen Spanier 18 Einbruchdiebstähle und -versuche mit einem Deliktbetrag von über 7000 Franken nachgewiesen. Der angerichtete Schaden ist fast dreimal so hoch. Der Mann war vor allem in den Monaten Januar und Februar in Restaurants, Büros und Firmenbetriebe in den Industriegebieten eingebrochen. Der ortsansässige Täter konnte dank DNA-Spuren ermittelt werden. (hoh)

Ungebremst in Planke

Illnau-Effretikon. – Bei einem Verkehrsunfall ist am späten Montagabend ein 43-jähriger Autofahrer schwer verletzt worden. Der Mann fuhr um 21.30 Uhr auf der Pfäffikerstrasse Richtung Illnau. Aus noch ungeklärten Gründen prallte er in einer Linkskurve auf Höhe Einmündung Mannenbergstrasse ungebremst frontal in die Leitplanke. Die Kantonspolizei (052 208 17 00) sucht Zeugen. (hoh)

Fehlalarm in Kloten

Kloten. – Ein Wecker in einem aufgegebenen Koffer hat gemäss TeleZüri und Radio Top am Dienstagmorgen für Aufregung gesorgt. Bei der Kontrolle des Gepäckstücks wurde ein tickender Ton gehört. Die alarmierte Kantonspolizei untersuchte den Koffer. (hoh)

Kritik am Nationalrat

Zürich. – Der Bildungsrat hat den Entscheid des Nationalrates kritisiert, den Kantonen die Reihenfolge der Fremdsprachen in der Schule vorzuschreiben. Er appelliert an die politische Vernunft und den Respekt des Ständerates und hofft, dass die Kantonsvertreter in Bern den Entscheid des Nationalrates umstossen. In Zürich wird zuerst Englisch gelernt. Der Nationalrat will als Erstes eine Landessprache. (sch)

Religion ab 2008

Zürich. – Das neue Fach Religion und Kultur wird in der Primarschule frühestens im Schuljahr 2008/09 eingeführt, dies hat der Bildungsrat beschlossen. Innerhalb einer dreijährigen Frist müssen alle Schulen das Fach unterrichten. Für den Unterricht sind nur ausgebildete Lehrpersonen zugelassen. In der Unterstufe (1. bis 3. Klasse) wird Religion und Kultur in einer Lektion Realien integriert, wie der Bildungsrat mitteilt. In der Mittelstufe (4. bis 6. Klasse) ist dafür eine zusätzliche Wochenlektion vorgesehen. Das Unterrichtsmaterial ist derzeit in Erarbeitung. (sch)

Lohnnachzahlung für alle

Zürich. – An einer Versammlung der Gewerkschaft VPOD und des Berufsverbands haben am Montagabend Pflegenden mit einem Fähigkeitsausweis des Schweizerischen Roten Kreuzes sowie Geburtshilfe- und Kinderpflegenden beschlossen, weiter für ihre Rechte zu kämpfen. Der Kanton Zürich hat im Frühling dieses Jahres zwar anerkannt, dass diese Berufsgruppen bis Juni 2001 diskriminierend entlohnt wurden und darum Lohnnachzahlungen geltend machen können. Aber nur, falls die Betroffenen rechtzeitig einen Unterbruch der Verjährung erwirkt haben. Das haben aber nur wenige getan. In einer Resolution wenden sich die Betroffenen deshalb an den Regierungsrat und verlangen Verhandlungen, wie es in einer Mitteilung heisst. (cim)

Zürichs rostfreies Souvenir, garantiert

Die erste Flasche setzte Rost an. Jetzt versucht es Zürich
Tourismus noch einmal –
mit Thurgauer Qualitätsarbeit
made in China.

Von Janine Hosp

Zürich. – Die Schmach des ersten, missglückten Versuchs war gestern noch nicht verfliegen. Wie ein ungebeter Gast sass sie bei der Präsentation der neuen Wasserflasche mit im Publikum und provozierte Aussagen wie jene des CEO des neuen Herstellers Sigg: «Wir wollen uns mit dieser Flasche nicht blamieren, die Produktion wird vor Ort dauernd überwacht.» Oder jene von Paul Nussbaumer, Präsident Zürich Tourismus: «Wir sind nicht immer auf alle Flaschen stolz gewesen.» Was ist passiert? Zürich Tourismus war vergangenes Jahr angetreten, um Zürich mit der Wasserflasche ZH₂O zum «coolsten» Souvenir zu verhelfen, zu einer Botschafterin, ja gar zu einem neuen Wahrzeichen. Aber bald stellte sich heraus: Die Flasche aus rostfreiem Edelstahl rostet. Durch den Abrieb der Maschinen bei der Herstellung bildeten sich auf manchen Exemplaren hässliche Flecken. 5000 Flaschen waren bereits nach Zürich geliefert, 1700 davon verkauft worden. Zürich Tourismus musste darauf die verbliebenen sowie einige Dutzend retournierter Flaschen einstampfen lassen – und Investitionen von über 100 000 Franken abschreiben.

Know-how aus dem Thurgau

Die Flasche war aber auch nicht Schweizer Qualitätsarbeit, sondern chinesische Billigware. Bei der herrschenden Stahlknappheit, so muss man annehmen, hatte der Hersteller nicht durchwegs Material erster Güte verarbeitet. Dennoch sagte gestern Frank Bumann, Direktor von Zürich Tourismus: «Wir haben immer an die Flasche geglaubt.» Sie sei eine spannende Hülle für Wasser, das für die Wasserstadt Zürich stehe. Zürich Tourismus



FOTO MATTHIAS JURT

Alle Tests bestanden: ZH₂O, Zürichs optimierte Souvenir.

nahm deshalb einen zweiten Anlauf. Dieses Mal ging die Organisation auf Nummer sicher und gelangte an den Frauenfelder Trinkflaschenhersteller Sigg, mit einer

Produktion von 3 Millionen Flaschen pro Jahr ein ausgewiesener Spezialist.

Damit die Flasche zumindest kein Verlustgeschäft wird, erhöhte Zürich Tourismus die Auflage auf 8000 Stück mit der Option auf mehr. Die Herstellung ist nämlich äusserst aufwändig. So musste die Herstellerin für die neue Produktionsmethode eigene Werkzeuge entwickeln, was sie einen siebenstelligen Betrag kostete. Die Flasche wurde völlig überarbeitet, die Standfestigkeit erhöht, die Schweissnähte wurden eliminiert, und neu ist die Dichtung austauschbar. Natürlich wurde die Flasche nach dieser Vorgeschichte strengen Prüfungen unterzogen, am Ende konnte Sigg vermelden: Tests mit Bravour bestanden. Das alles hat seinen Preis: Die 4-Dezilitr-Flasche kostet nun 35 statt 25 Franken. Noch gilt aber ein Einführungspreis von 29,50 Franken. Von diesem Betrag fliesst ein Franken in ein Hilfsprojekt in Tansania: Mit so genannten Play Pumps können Kinder spielerisch – mit einer Art Karussell – Wasser pumpen und ersparen ihren Familien dadurch stundenlange Märsche zur nächsten Wasserstelle. Bereits wurde das Geld für eine erste Pumpe vorgeschossen.

Ganz ohne chinesische Hilfe geht es aber auch dieses Mal nicht. Anders als Sigg-Flaschen muss ZH₂O aus Edelstahl statt Aluminium hergestellt werden – ihrer ausladenden Formen wegen. Und das erfordert Handarbeit billiger Arbeitskräfte in China.

Eine Flasche statt ein Schloss

Trotz allem: Der Aufwand hat sich gelohnt. Die Flasche ist das perfekte Souvenir, um Zürichs Geist in die Welt hinauszutragen – sie ist ein Schmuckstück, sorgfältig designt wie inzwischen alles in der Stadt und dennoch auch nützlich. Zudem zeugt sie eindrücklich von unserer zwinglianischen Genügsamkeit: Wir brauchen kein sperriges Brandenburger Tor als Wahrzeichen, kein protziges Versaille – für Zürich tut es eine Flasche.

ZH₂O wird im Tourist Service im Hauptbahnhof, bei Manor in Zürich und im Internet unter www.zh2o.ch verkauft.

Aeppli: Regeln an den Schulen durchsetzen

Zürich. – Neben Ständeratskandidatin Chantal Galladé drängt ein weiteres SP-Mitglied auf Regeln und Strafen als Mittel gegen die Jugendgewalt: Regierungsrätin Regine Aeppli verteidigte gestern die ihr unterstehenden Volksschulen gegen den Vorwurf, zu «kuschlig» zu sein. Auch will sie die Aussage im TA-Kommentar vor Dienstag nicht gelten lassen, «Schulbürokraten» würden die Lehrer bei Disziplinproblemen nicht genügend stützen. «Die Schule leistet täglich einen grossen Beitrag dazu, dass Kinder die Regeln des Zusammenlebens lernen», sagte Aeppli. Diese Regeln seien auch ein wichtiges Element der Volksschulreform.

Alle Schulen und Schulgemeinden sind laut Aeppli detailliert über die Schulpflicht und Disziplinarmaßnahmen informiert. Lehrer, die Schulleitungen und Schulbehörden wüssten, welche Disziplinarmaßnahmen sie erlassen können: «Die Verordnung zum Volksschulgesetz untersagt zum Beispiel ausdrücklich Alkohol- und Drogenkonsum sowie Rauchen auf dem Schulhausplatz. Das sind unmissverständliche Verbote, die auch durchgesetzt werden.» Die Bildungsdirektorin beteuert, dass sie Schulpräsidenten und Lehrer immer wieder persönlich dazu aufrufe, Regeln konsequent durchzusetzen. (ese)

Briefzentrum Ende Sommer fertig

Schlieren. – Die Zeit von Postsäcken und Briefbündeln bei der Post ist vorbei: Im neuen, voll automatisierten Briefzentrum Zürich-Mülligen laufen bereits die Tests für den Vollbetrieb, wie die Post an einer Medienkonferenz bekannt gab. Man arbeite vor allem noch an der Stabilität der Software, sagte Projektleiter Walter Knobler. Das mehrere Hundert Meter lange frühere Paketzentrum hat in den letzten zwei Jahren ein neues Innenleben erhalten. Täglich werden künftig auf 9 Kilometer Förderstrecken bis zu 4,7 Millionen Briefe verarbeitet, 1200 Angestellte arbeiten in drei Schichten fast rund um die Uhr. Das neue Briefzentrum nimmt im August oder September den Betrieb auf. (SDA)

Ombudsmann kämpft auch gegen Korruption

Der Fall Raphael Huber hat es bewiesen: Auch Zürich ist vor Korruption nicht gefeit. Die Ombudsstelle ruft nun dazu auf, Verdachtsfälle zu melden.

Von Roger Keller

Zürich. – Korruption ist seit 2000 auch in der Schweiz strafbar, im öffentlichen wie im privaten Bereich. «Vor allem jener Teil der Verwaltung ist dafür anfällig, der Bewilligungen erteilt, weil es dabei keine Gegenpartei gibt», sagte Ombudsmann-Stellvertreterin Dorothee Jaun (SP) gestern Dienstag bei der Präsentation des Jahresberichts 2006 in Anspielung auf den Chefbeamten Huber, der es sich auf Kosten von Gastwirten gut gehen liess. Zum korrupten Verhalten zählt laut Jaun aber auch die sogenannte Vetterwirtschaft.

Um solche Praktiken aufzudecken, ist die Ombudsstelle ab sofort die offizielle Anlaufstelle für «Whistleblowers» – für Leute also, die einen Korruptionsverdacht haben und den Fall publik machen wollen. Weil sie persönliche Nachteile befürchten, verzichten allerdings viele darauf, dies zu tun. Bei der Ombudsstelle sollen sie ihr Wissen nun ohne Repressalien abladen können – Jaun verspricht, sich für den Schutz der Aufdecker einzusetzen und ihre Anonymität so weit wie möglich zu achten.

Laut Rechtsanwalt Adrian von Kaenel, Gastautor zum Thema «Whistleblower» im Jahresbericht, gibt es in der Schweiz nur wenige Urteile wegen Bestechung. Die

Dunkelziffer sei aber «sehr hoch». Besonders gefährdet sind zum Beispiel Einkäufer oder Werbeverantwortliche von Grossunternehmen. Laut von Kaenel schätzen Fachleute, dass die Preise wegen Korruption weltweit fünf Prozent zu hoch sind.

Von der Hecke bis zum störenden «ä»

Beim Ombudsmann des Kantons sind in den letzten Jahren zwei Verdachtsmeldungen eingegangen. Im einen Fall wurde die Strafuntersuchung eingestellt, im anderen handelte es sich um eine ausserkantonale Sache. Zwei Fälle wegen Vorteils-

gewährung durch öffentliche Angestellte sind noch hängig. Total registrierte der inzwischen zum Regierungsrat gewählte Ombudsmann Markus Kägi (SVP) die Rekordzahl von 738 neuen Fällen (Vorjahr 711), davon 21,6 Prozent verwaltungsinterne. Gleichzeitig hat Kägi mit seinem Team 714 Geschäfte erledigt – in knapp zwei Dritteln der Fälle gab er einen Rat für das weitere Vorgehen, bei den meisten anderen war eine einvernehmliche Lösung möglich. Erstmals gingen auch drei Fälle aus jenen acht Gemeinden ein, die sich die Dienste des Ombudsmannes gesichert haben (Trüllikon, Hombrechtikon, Russikon,

Niederweningen, Andelfingen, Kleinandelfingen, Glattfelden und Obfelden).

In ihrem Jahresbericht hat die Ombudsstelle eine Reihe von exemplarischen Fällen detaillierter dargestellt. Sie beschreiben die gesamte Palette des Alltags, von der Kirschlorbeerhecke des Nachbarn bis zum Kinderabzug für ein Fachhochschulstudium. So konnte der Ombudsmann auch einem Mann helfen, der viel im Ausland weilt und (wie sein im Kanton Aargau wohnhafter Sohn) das «ä» in seinem Namen in ein «ae» verwandeln wollte, dabei aber das Wiehern des Zürcher Amtsschimmels zu hören bekam. Und einem Apotheker, dem die Gesundheitsdirektion ohne detaillierte Abklärungen eine Akupunkturpraxis verweigerte, obwohl sich der Mann in Peking weitergebildet hatte.

Bussenzzettel mit Billett verwechselt

Es gab aber auch Fälle, bei denen der Ombudsmann auflief oder Klagen abwies. So konnte er einer Frau nur «sein volles Verständnis» mitteilen, dass sie bzw. ihre Krankenkasse für zwei Übernachtungen zur Kontrolle nach einer ambulanten Behandlung im Uni-Spital Zürich Rechnungen über 9350 und 10 900 Franken erhielt. Und einer Mutter teilte er mit, es bleibe ihr nichts anderes übrig, als für ihre 14-jährige Tochter eine Busse von 340 Franken zu bezahlen: Die Tochter hatte wiederholt den Bus ohne Billett benutzt, dann das Ticket einer Freundin missbraucht und zuletzt gemeint, auf dem Rückweg gelte der Bussenzzettel des Hinwegs als Billett.

www.ombudsmann.zh.ch